

HÜSEYİN AYDIN / DIETMAR BARTSCH /  
KARIN BINDER / LOTHAR BISKY / HEIDRUN  
BLUHM / EVA BULLING-SCHRÖTER / MARTINA  
BUNGE / ROLAND CLAUS / SEVİM DAGDELEN /  
DIETHER DEHM / WERNER DREIBUS / DAGMAR  
ENKELMANN / KLAUS ERNST / WOLFGANG  
GEHRCKE / DIANA GOLZE / GREGOR GYSI /  
LUTZ HEILMANN / HANS-KURT HILL / NELE  
HIRSCH / HEIKE HÄNSEL / INGE HÖGER-  
NEULING / BARBARA HÖLL / ULLA JELPKE / LUC  
JOCHIMSEN / HAKKI KESKIN / KATJA KIPPING /  
MONIKA KNOCHE / JAN KORTE / KATRIN  
KUNERT / OSKAR LAFONTAINE / MICHAEL  
LEUTERT / ULLA LÖTZER / GESINE LÖTZSCH /  
ULRICH MAURER / DOROTHÉE MENZNER /  
KORNELIA MÖLLER / KERSTEN NAUMANN /  
WOLFGANG NESKOVIC / NORMAN PAECH /  
PETRA PAU / BODO RAMELOW / ELKE REINKE /  
VOLKER SCHNEIDER / HERBERT SCHUI / PAUL  
SCHÄFER / ILJA SEIFERT / PETRA SITTE / FRANK  
SPIETH / KIRSTEN TACKMANN / AXEL TROOST /  
ALEXANDER ULRICH / GERT WINKELMEIER /  
JÖRN WUNDERLICH / SABINE ZIMMERMANN

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG



# Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,  
über vier Millionen Wählerinnen und Wähler haben 54 Abgeordnete der Linken in den 16. Deutschen Bundestag gewählt. Die 26 Frauen und 28 Männer haben sich in der Fraktion DIE LINKE. zusammengeschlossen, um soziale und solidarische Alternativen im Parlament hörbar zu machen und für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, mehr demokratischer Teilhabe, friedlichen Konfliktlösungen und ökologischer Nachhaltigkeit zu kämpfen.

Dazu laden sie Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gewerkschaften, Bewegungen, Bürgerinitiativen und Vereine ein, gemeinsam eine Politik zu entwickeln, die die Interessen der Menschen in den Vordergrund rückt. Deshalb wird eine außerparlamentarische Kontaktstelle in der Fraktion eingerichtet, und die Wahlkreisbüros der Abgeordneten werden offene Bürgerbüros sein, wo man sich Rat und Hilfe holen kann.

In der Linksfraktion haben sich Mitglieder von Linkspartei.PDS, WASG und parteilose Frauen und Männer zusammengefunden. Diese neue Linke hat schon am Beginn ihres Weges die politische Landschaft in Deutschland kräftig durcheinander gewirbelt. Die soziale Frage ist allein durch ihre Existenz wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt. Der Wahlerfolg hat die Republik verändert. Die

Linksfraktion wird in den nächsten Monaten geeint agieren und aus der Opposition heraus die große Koalition attackieren, vor allem dann, wenn ihr wieder nichts anderes einfällt als Sozialabbau, Rentenkürzung oder Belastung der Pendler.

Das ist umso notwendiger, als die Koalition von CDU/CSU und SPD eine neue Runde in der neoliberalen Quadratur des Kreises dreht. Sie versucht, wirtschaftliches Wachstum und die Überwindung der Arbeitslosigkeit zu erreichen, indem sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitslosen weniger Geld in der Tasche lässt und der Staat weniger Geld ausgibt. Dieselbe falsche Medizin, die bereits in den vergangenen Jahren dem Patienten Deutschland geschadet hat, soll entgegen allen ökonomischen Gesetzen in noch höheren Dosen verabreicht werden. Die ohne Zweifel notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen – deren desolater Zustand nicht zuletzt auf den Steuersenkungen der letzten Jahre für Großkonzerne und Besserverdienende beruht – dient als Vorwand, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Gering- und Normalverdiener weiter zu schröpfen. Hartz-IV-Betroffene sollen mit 4 Mrd. weniger auskommen, die Mehrwertsteuer- und Versicherungssteuererhöhung belastet vor allem sozial Benachteiligte und Geringverdiener mit 28 Milliarden Euro und auch

die Streichung von steuerlichen Vergünstigungen kostet in erster Linie die Normalverbraucher 5 Milliarden. Insgesamt nimmt man dem Volk 40 Milliarden Euro. Konzerne und Vermögende kommen hingegen fast ungeschoren davon. Die Reichensteuer bringt gerade 1,3 Milliarden Euro.

Allein ein Spitzensteuersatz wie unter Helmut Kohl würde 11 Milliarden Euro mehr von den Besserverdienenden in die Staatskasse bringen. Eine Vermögensbesteuerung wie in den USA, Großbritannien oder Schweden könnte gar alle Sozialkürzungen überflüssig machen. Doch die Kleinen sollen die Zeche der großen Koalition zahlen.

Die Linksfraktion wird im Bundestag alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um dagegen Widerstand zu leisten, und zugleich die außerparlamentarischen Bewegungen unterstützen. Wir werden nicht hinnehmen,

■ dass der Kündigungsschutz ausgehebelt wird,

■ dass Rentnerinnen und Rentnern eine Nullrunde nach der anderen droht,

■ dass die Lebensbedingungen der Hartz-IV-Opfer immer weiter verschlechtert werden

■ und dass die Mehrwertsteuererhöhung die Binnenkaufkraft senkt.

Die Mitglieder der Linksfraktion werden alles dafür tun, dass die vielen Hoffnungen, die sich auf die neue Linke richten, nicht enttäuscht werden. Damit Sie sich von der Linksfraktion einen Eindruck und die Probe aufs Exempel machen können, gibt die vorliegende Broschüre einen Überblick über die Mitglieder der Fraktion, ihre politischen Arbeitsgebiete und Kontaktmöglichkeiten. Ergänzt wird dies durch die beiden ersten Reden der Fraktion im Bundestag, in denen wir unsere Positionen zur Frage von Militäreinsätzen und zum Regierungsprogramm der großen Koalition dargelegt haben.

*Gregor Gysi*

*Oskar Lafontaine*

## »Enduring Freedom«-Einsatz der Bundeswehr ist kein angemessener Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Oskar Lafontaine begründete im Bundestag die Ablehnung der Verlängerung des Mandats zur Beteiligung der Bundeswehr an den Operationen von »Enduring Freedom« und »Active Endeavour« durch die Linksfraktion.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Die Fraktion Die Linke lehnt die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe auf die USA ab.

*Beifall bei der LINKEN*

Vielmehr fordert sie heute den Bundestag auf, das Mandat für diese Militäraktionen zu beenden und die Bundesregierung zu beauftragen, die Einsätze des Kommandos Spezialkräfte in Afghanistan unverzüglich einzustellen.

*Beifall bei der LINKEN*

Im Gegensatz zur Bundesregierung und zur Mehrheit des Deutschen Bundestages sind wir nicht der Auffassung, dass die in Rede stehenden Militäreinsätze ein angemessener Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind. Sie bewirken nach unserer Auffassung eher das Gegenteil: Die Spirale militärischer Gewalt führt, wie wir insbesondere im Irak täglich beobachten, zu immer neuen terroristischen Anschlägen. Sie vergrößert die Gefahr, dass terroristische Angriffe demnächst auch auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Mittlerweile kursieren im Internet Warnungen afghanischer Islamis-

ten, die darauf hinweisen, dass die Bundeswehr in Afghanistan Moslems getötet habe. Inzwischen gibt es einen Sachstandsbericht des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums, in dem darauf hingewiesen wird, dass die deutsche Sicherheitslage entscheidend aufgrund der Vorgänge in Afghanistan beurteilt wird.

Man muss auch wissen, dass der Tod eines Taliban- oder Clanführers seine Angehörigen und seine Anhänger verpflichtet, Rache zu üben. Diese Verpflichtung ist jedoch nicht so gefasst, dass diese Rache nur auf dem Territorium Afghanistans geübt werden kann.

Meine Damen und Herren, wer den Terrorismus bekämpfen will, muss wissen, was er unter Terrorismus versteht. Wenn ich aufmerksam gelesen und zugehört habe, dann ist es so: Die amtierende Bundesregierung und die Fraktionen, die den militärischen Einsätzen in den vergangenen Legislaturperioden zugestimmt haben, haben der deutschen Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage nicht erklärt, was sie unter Terrorismus eigentlich verstehen.

*Dr. Guido Westerwelle (FDP):  
Das steht im Gesetz!*

Das kann ja noch nachgeholt werden. Auf diese Erklärung sind wir wirklich gespannt.

*Markus Löning (FDP):  
Das ist unglaublich!*

Für die Linken ist Terrorismus das Töten unschuldiger Zivilisten zum Erreichen politischer Ziele. Wer den Terrorismus mit militärischen Mitteln bekämpfen will, muss daher sicherstellen, dass die Schuldigen – in diesem Fall die Kombattanten – die Ziele von Vergeltungsakten sind. Wird die durch das internationale Recht vorgegebene Pflicht, Unschuldige zu schonen, grob verletzt, dann werden die militärischen Einsätze zur Bekämpfung des Terrorismus selbst zu Terrorakten.

*Beifall bei der LINKEN*

Spätestens seit der flächendeckenden Bombardierung afghanischer Städte und Dörfer durch die Vereinigten Staaten, bei der viele Tausende unschuldiger Menschen ums Leben kamen, ist die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe ebenso völkerrechtswidrig wie die Beteiligung Deutschlands am Jugoslawienkrieg und am Irakkrieg.

*Beifall bei der LINKEN*

Der Verweis auf den Irakkrieg mag viele von Ihnen überraschen, lesen Sie doch immer wieder, dass sich Deutschland nicht am Irakkrieg beteiligt habe. Zwar ist und bleibt es verdienstvoll, dass sich die Regierung Schröder geweigert hat, im UNO-Sicherheitsrat einem Mandat für einen Angriff der USA auf den Irak zuzustimmen. Dass wir uns im Irakkrieg aber nicht neutral verhalten haben, hat das Bundesverwaltungsgericht vor einiger Zeit in wünschenswerter Klarheit festgestellt. Das verdient auch hier im Deutschen Bundestag einmal

gesagt zu werden. Das Parlament kann über dieses wichtige Urteil doch nicht einfach hinweggehen.

*Beifall bei der LINKEN*

Das Gericht hat der Klage des Bundeswehrmajors Florian Pfaff stattgegeben, der sich während des Irakkrieges geweigert hatte, an einem Softwareprojekt der Bundeswehr weiterzuarbeiten, mit dem nach seiner Auffassung mittelbar ein völkerrechtswidriger Krieg unterstützt wurde. Daraufhin haben seine Vorgesetzten veranlasst, dass er auf seinen Geisteszustand untersucht wurde, und er wurde degradiert. Das Bundesverwaltungsgericht hat diesen Soldaten in vollem Umfang rehabilitiert.

*Beifall bei der LINKEN*

Im Namen der Fraktion Die Linke spreche ich diesem Soldaten heute im Deutschen Bundestag den Respekt für seine tapfere Haltung aus.

*Beifall bei der LINKEN*

Der Kernsatz der Begründung des Urteils lautet:

Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.

Dieser Satz trifft in vollem Umfang auf die militärische Mission zu, die der Bundestag heute verlängern will. Vor allem trifft er auf die Einsätze der KSK in Afghanistan zu. Die bisherige Geheimhaltungspraxis über Art und Umfang ihres Einsatzes ist nicht mit dem Sicherheitsbedürfnis dieser Einheit zu begründen. Sie verschleiert vielmehr den völkerrechts- und verfassungswidrigen Charakter der Einsätze dieser Sondereinheit.

*Beifall bei der LINKEN -  
Christian Schmidt (Fürth) (CDU/  
CSU): Mein Gott, mein Gott!  
Unerträglicher Quatsch!*

Wenn der Krieg gegen den Terror so geführt wird wie in den letzten Jahren, dann werden wir genau die Werte untergraben, die die Terroristen ins Visier nehmen: die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit. – So urteilte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan.

Statt zur Bekämpfung des Terrorismus auf völkerrechtswidrige militärische Maßnahmen zu setzen, muss die Bundesrepublik Deutschland in den betroffenen Regionen zur Förderung der sozialen und politischen Rechte beitragen und dabei helfen, Armut, Bildungsnotstand und Arbeitslosigkeit abzubauen.

*Beifall bei der LINKEN*

Der Terrorismus kann eben nicht durch diese Art von Krieg bekämpft, geschweige denn ausgerotet werden. Wenn im Bombenhagel viele Unschuldige sterben, wachsen immer neue Terroristengenerationen heran.

*Beifall bei der LINKEN*

Die vor einigen Jahren eingeleitete Enttabuisierung des Militärischen war daher einer der großen Fehler der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

*Beifall bei der LINKEN*

Insbesondere die Beteiligung am Afghanistan- und die mittelbare Beteiligung am Irakkrieg erhöhen die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland. Sie ist mit der Pflicht, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, nicht zu vereinbaren. Der Krieg ist darin schlecht, dass er

mehr böse Menschen macht, als er deren wegnimmt.

So schrieb der Königsberger Philosoph Immanuel Kant. Es wäre ein Fortschritt, wenn Deutschland diese Maxime des Königsberger Philosophen in Zukunft wieder beherzigen würde.

*Beifall bei der LINKEN*

Selbstverständlich ist den Soldaten, die ihren Dienst tun, Respekt entgegenzubringen. Aber wir sind – das ist hochaktuell – dann auch verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sie für ihre Einsätze entsprechend ausgerüstet sind.

Es mehren sich in der Öffentlichkeit kritische Stimmen, die darauf hinweisen, dass die Ausrüstung der Soldaten bei weitem nicht reicht, um sie in solch gefährliche Einsätze zu schicken. Auch dies muss vor dem Deutschen Bundestag einmal angemerkt werden.

*Beifall bei der LINKEN*

Die Linke ist nicht der Auffassung, dass Deutschland – wie es so populär formuliert worden ist – am Hindukusch verteidigt wird.

*Beifall bei der LINKEN*

Wir glauben, dass Deutschland immer noch in Deutschland verteidigt werden muss und dass wir den besten Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus leisten, wenn wir das Völkerrecht beachten und auf zivile, friedliche Mittel sowie auf die Entwicklungshilfe setzen, um die Ursachen des Terrors zu bekämpfen.

*Beifall bei der LINKEN -  
Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):  
Entwicklungshilfe gibt es aber nicht  
nur in Deutschland!*

## »Sie sparen die Gesellschaft kaputt!«

Erwiderung von Gregor Gysi auf die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Geiselnahme verbietet jede Polemik. Wir alle haben von diesem schrecklichen Ereignis gestern erfahren. Wir drücken unsere Hoffnung aus, dass es Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und der gesamten Regierung gelingt, wenigstens das Leben dieser beiden zu retten, nachdem im Irak schon so viele sinnlos getötet worden sind. Es wäre ungeheuer wichtig, das Leben unserer Mitbürgerin und ihres Kraftfahrers zu retten.

*Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN*

Aber natürlich lohnt es sich in diesem Zusammenhang – nicht nur in diesem, sondern auch in jedem anderen –, über Außenpolitik zu streiten, weil es unterschiedliche Ansätze in unserer Gesellschaft gibt. Wir stehen vor der Tatsache, dass die Bundesregierung ihr Verhältnis zum Völkerrecht und zum Krieg klären muss.

*Jörg Tauss (SPD): Das ist geklärt!*

Es ist von den USA – nicht nur von den USA, auch in unserem Land – immer wieder erklärt worden, man müsse einen Krieg gegen den Terror führen. Ich habe festgestellt: Der Krieg, der da geführt wird, egal wo, führt nicht zu weniger Terror, sondern zu mehr Terror. Wir

müssen raus aus dieser Spirale der gegenseitigen Gewalt.

*Beifall bei der LINKEN*

Das Verhältnis der Regierung Schröder/Fischer war diesbezüglich nicht bestimmt, nicht klar. Sie hat das Völkerrecht beim Jugoslawienkrieg verletzt. Sie hat dann beim Irakkrieg auf dem Völkerrecht bestanden. Deshalb sage ich: Wir brauchen hier ein klares Verhältnis. Das muss ein Ja zum Völkerrecht sein;

*Beifall bei der LINKEN*

denn nur das Völkerrecht kann die Macht der USA in gewissen Grenzen beschneiden, kann die USA einschränken.

Wir haben noch einen zweiten Kampf der USA. Wir haben eine Weltwirtschaft. Also gibt es auch eine Weltpolitik. Die Frage ist: Wer macht Weltpolitik, die UNO oder die USA? Das ist die Auseinandersetzung, die gegenwärtig geführt wird. Dazu sage ich: Unsere Regierung – Sie, Frau Bundeskanzlerin – muss sich für die Geltung des Völkerrechts einsetzen. Das bedeutet dann aber auch, dass man in schwierigen Situationen, wie damals in Jugoslawien, zum Bruch des Völkerrechts Nein sagt.

*Beifall bei der LINKEN*

Die USA negieren das Völkerrecht, wie wir das beim Irakkrieg erlebt haben. Sie haben eine andere

Schwierigkeit. Das ist ihr eigenes inneres Recht. Das kann auch Präsident Bush nicht so schnell ändern; denn es ist über Jahrzehnte entstanden und gewachsen. Die Gefangenenlager, die sie in Guantanamo, in Kuba, und, wie wir jetzt erfahren, auch in anderen Ländern eingerichtet haben, dienen dem Zweck, ihr eigenes Recht gegenüber den Gefangenen nicht gelten zu lassen. Das ist dreist!

*Beifall bei der LINKEN*

Dass, wie man jetzt hört, auch deutsche Flughäfen zu diesem Zweck missbraucht worden sind, ist ein starkes Stück. Entschuldigen Sie, dass ich meine Zweifel habe, wenn die Regierung sagt, sie habe davon nichts gewusst. Bei der hohen Sicherheit auf unseren Flughäfen kann ich mir nicht vorstellen, wie so etwas heimlich funktionieren soll, sodass eine Regierung davon nichts erfährt. Aufklärung ist dringend geboten.

*Beifall bei der LINKEN*

Ich habe gesagt, dass das Völkerrecht auch dazu dient, die Macht der Stärksten zu begrenzen. Wenn das so ist, brauchen wir in dieser Situation gegenüber Präsident Bush starke, klare und deutliche Worte statt Zurückhaltung.

*Beifall bei der LINKEN*

Nun haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, zusammen mit Herrn Müntefering einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Ich glaube, es wird leider eine große Koalition zur Verschärfung statt zur Lösung ökonomischer, arbeitsmarktpolitischer, sozialer und kultureller Probleme in unserer Gesellschaft. Verschärft setzen Sie den falschen Kurs der

SPD/Grünen-Regierung fort.

*Beifall bei der LINKEN*

Sie, Herr Struck, haben eben davon gesprochen, dass es eine erfolgreiche ökonomische Politik gegeben habe. Aber 5 Millionen Arbeitslose sind der Beweis dafür, dass die Politik nicht erfolgreich war.

*Beifall bei der LINKEN*

Im Mittelpunkt Ihres Koalitionsvertrages steht die Haushaltskonsolidierung, mit der Sie allerdings erst 2007 anfangen wollen, weil Sie hoffen, dass 2006 irgendein Aufschwung kommt, der Ihnen nutzen könnte. Ich glaube, solche Tricks funktionieren im Privatleben nicht und sie funktionieren auch in der Politik und der Gesellschaft nicht. Sie wollen wieder Einsparungen im sozialen und im investiven Bereich vornehmen. Damit sparen Sie die Gesellschaft kaputt.

*Beifall bei der LINKEN*

Sie haben zu Recht, Frau Bundeskanzlerin, auf die Chancen durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und des Staatssozialismus hingewiesen. Damit waren Chancen verbunden; das stimmt. Aber wir können doch nicht leugnen, dass es Vertreterinnen und Vertreter des Kapitals gibt, die seitdem denken, der Sozialstaatskompromiss sei vorbei und wir könnten schrittweise zurück zum Turbokapitalismus. Dagegen muss sich die Politik doch wehren. Selbst die Union hätte, wie ich meine, sagen müssen: Das Primat der Politik auch über Wirtschaftsinteressen ist und bleibt uns wichtiger. Erst recht hätte das die Sozialdemokratie sagen müssen. Aber Sie haben es nicht gesagt.

## *Beifall bei der LINKEN*

Welchen Weg ist die vorherige Regierung gegangen? Sie haben die Körperschaftsteuer von 42 Prozent auf 25 Prozent gesenkt. Die Kapitalgesellschaften haben sich wie verrückt gefreut. Natürlich fehlten Milliarden im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland. Die drittgrößte Einnahmequelle Deutschlands haben Sie so geschöpft, dass noch zwei Jahre ausgezahlt werden musste. – Das ist übrigens damals auch von der Union kritisiert worden. – Erst danach waren allmählich wieder Einnahmen zu verzeichnen, aber viel schwächer als vorher.

Sie haben die Veräußerungsgewinnsteuer abgeschafft. »Veräußerungsgewinnsteuer« klingt kompliziert. Wenn eine Kapitalgesellschaft etwas verkauft, erzielt sie einen Kaufpreis. Auf dieses Geld muss sie eine Steuer bezahlen – bzw. musste sie unter Kohl. Die SPD hat diese Steuer völlig abgeschafft und dafür die Steuern bei den Handwerkern verdoppelt. Das war Ihre ökonomische Politik.

Sie haben den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer – ich bitte Sie! – von 53 Prozent auf 42 Prozent, also um 11 Prozentpunkte, gesenkt, so stark wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das sind übrigens 11 Milliarden Euro Einnahmen weniger pro Jahr. Das ist eine ganze Menge, die man da so einfach an die Besser- und Bestverdienenden weggibt. Und was machen Sie dann? Dann stellen Sie sich vor die Kranken, Alten und Arbeitslosen hin und sagen: Es tut uns furchtbar Leid, aber wir haben kein Geld und müssen bei euch sparen. – Das ist

unredlich, unfair und nicht solidarisch.

## *Beifall bei der LINKEN*

Auch die Reallöhne sind in Ihrer Regierungszeit gesunken; das muss man ebenfalls sehen.

Diese Politik will die neue Regierung nun fortsetzen. Ich weiß, dass auch die FDP Anhänger dieser Politik ist, sogar noch konsequenter als die Regierung. Aber ich glaube, das Ganze geht in eine völlig falsche Richtung. Wir setzen etwas anderes dagegen: Nur steigende Reallöhne, nur mehr soziale Gerechtigkeit führen auch zu einer wirtschaftlichen Belebung; denn unsere Binnen Nachfrage ist eine Katastrophe und muss gestärkt werden. Dass wir Exportweltmeister sind, nutzt den Arbeitslosen gar nichts.

## *Beifall bei der LINKEN*

Sie haben gesagt, Sie wollen eine Unternehmensteuerreform machen; wir erfahren aber erst 2007, welche. Da darf man ja sehr gespannt sein. Mal sehen, ob Sie die Gewinne, die im Unternehmen bleiben, anders behandeln als die, die herausgenommen werden. Es gäbe da viele Möglichkeiten, was man verbessern könnte. Wir werden es abwarten.

Wir begrüßen Ihre neuen Abschreibungsvorstellungen. Sie enthalten etwas Positives.

*Hartmut Koschyk (CDU/CSU):  
Haben wir da einen Fehler gemacht?  
– Zurufe von der CDU/CSU: Oh!*

– Wir können durchaus lesen. – Ich sage Ihnen aber auch, dass Sie nicht den Mut haben, auch nur von einem Konzern in Deutschland 1 Euro mehr Steuern zu verlangen. Das zeigt das klägliche Verhalten

der Politik gegenüber der Wirtschaft. Das ist nicht hinnehmbar. So kommen wir mit dieser Bundesrepublik nicht weiter.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Es wird immer behauptet, wir hätten die höchsten Quoten. Ich habe mir einmal die Zahlen angesehen. Die Steuerquote im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 20 Prozent. Damit liegen wir als eines der wirtschaftlich stärksten Länder auf dem vorletzten Platz in Europa. Geringere Steuern hat nur noch die Slowakei. Dann wird gesagt, man müsse auch die Lohnnebenkosten sehen. Also haben wir sie addiert und landen bei 34,6 Prozent. Damit liegen wir, Frau Bundeskanzlerin, auf Platz 16 nach Griechenland, nach Spanien und nach Großbritannien. Das ist doch ein Skandal. So können wir unsere Probleme nicht lösen.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Solidarität erfordert auch, dass die mit mehr Eigentum und mehr Vermögen mehr leisten als andere.

#### *Zuruf des Abg. Klaus Uwe Benneter (SPD)*

Ich komme zur Vermögensteuer. In Deutschland werden Steuern in Höhe von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf das Vermögen gezahlt. Wissen Sie, was die »Financial Times Deutschland« geschrieben hat, welche Länder weniger von ihren Reichen verlangen? - Mexiko, Tschechien, Slowakei und Österreich. Für mich sind das keine Vorbilder.

#### *Beifall bei Abgeordneten der LINKEN*

Andere Länder, selbst die USA,

verlangen deutlich mehr von ihren Eigentümerinnen und Eigentümern als wir. Hätten wir die Eigentums- und die Vermögensteuern der USA, hätten wir Mehreinnahmen in Höhe von 50 Milliarden Euro im Jahr. Damit könnte man eine ganze Menge anfangen.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Wie sehen also Ihre Lösungsvorschläge aus? Sie sagen, ab 1. Januar 2007 soll die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht werden. Alle wissen, das belastet die unteren sozialen Schichten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer viel mehr als andere Schichten. Das ist ökonomisch eine riesige Katastrophe. Ich könnte jetzt alle Argumente der SPD aus dem Wahlkampf wiederholen. Dies war doch Ihr zentrales Wahlkampfthema. Jeder kennt das Plakat, mit dem Sie gegen die »Merkelsteuer« polemisiert haben.

In Bezug auf den gefundenen Kompromiss hat Herr Westerwelle völlig Recht. Ich dachte in meiner Naivität, dass Sie sich in der Mitte, also auf eine Erhöhung um 1 Prozentpunkt, verständigen würden. Nein, Sie erhöhen die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte. Heute sagen Sie sogar, es sei erforderlich und völlig unmöglich, etwas anderes zu tun. Dann sollten Sie wenigstens sagen, dass Sie im Wahlkampf gelogen haben. Denn das ist wirklich ein Wahlbetrug.

#### *Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Ich habe mir das einmal angesehen: Wenn wir die Steuerquote und die Lohnnebenkostenquote von Frankreich hätten – dort sind

es 10 Prozent mehr als bei uns –, dann hätten wir jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 220 Milliarden Euro. Ich bitte Sie, eine Sekunde darüber nachzudenken, dass wir über Nullrunden bei Rentnern, über Kürzungen bei Arbeitslosen und über Zuzahlungen bei Kranken gar nicht diskutieren müssten, wenn wir diese Art von Steuergerechtigkeit in Deutschland einführen.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Lassen Sie mich auch etwas zur Arbeitsmarktpolitik sagen. Wir fanden von Anfang an den Weg bezüglich Arbeitslosengeld II und Hartz IV im Kern, abgesehen von ein paar Einzelfällen, für falsch. Wir haben immer gesagt, dass die dahinter stehenden Ideen falsch sind. Ich werde von meinem Beispiel nicht abrücken. Ein Ingenieur, der 50 Jahre alt ist und der 25 Jahre in seinem Beruf gearbeitet hat, bekommt ein Jahr lang Arbeitslosengeld I, das nach seinem Einkommen berechnet wird. Nach diesem Jahr bekommt er nur noch einen lächerlichen Betrag in Höhe des Arbeitslosengeldes II. Aber nicht nur das! Der Gesetzgeber verlangt auch noch, dass sein Sparvermögen, seine Altersversorgung, seine Wohnung und sein Auto nur das Niveau eines Sozialhilfeempfängers haben dürfen. Wenn er darüber liegt, weil er sich den Lebensstandard eines Ingenieurs aufgebaut hat, bekommt er gar nichts. Das darf man Armut per Gesetz nennen. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren ist das nicht hinnehmbar.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Gerhard Schröder hat in einem Punkt Recht gehabt. Er hat im Wahlkampf gesagt, dass gerade die

Jungen besser gestellt sind. Das stimmte auch. Die Jungen waren besser gestellt. Aber was vereinbaren Sie jetzt miteinander? Sie vereinbaren, die Besserstellung der Jungen wieder zurückzunehmen, indem Sie sagen, dass es keinen Anspruch bis zum 25. Lebensjahr gibt. Ich möchte, dass wir über folgenden Widerspruch nachdenken. Das Grundgesetz regelt die Volljährigkeit. Im Strafrecht ist festgelegt, ab wann man voll strafmündig ist. Das Zivilrecht regelt, ab wann man zivilrechtlich voll belangt werden kann. Dem 24-Jährigen wird also gesagt, dass er voll verantwortlich ist. Aber wenn er arbeitslos wird, soll er zu Mami und Papi gehen, weil er für uns sozusagen noch minderjährig ist und wir für seinen Lebensunterhalt nicht aufkommen. Das ist nicht hinnehmbar. Das ist ein Widerspruch in sich.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Nun haben Sie gesagt, Sie wollten beim Arbeitslosengeld II und den übrigen Kosten noch einmal 4 Milliarden Euro einsparen. Folgendes ist ja interessant: Sie haben – das weiß kaum jemand – durch die Bundesagentur für Arbeit eine Art Subventionierung des Bundeshaushalts festgelegt. Sie haben nämlich gesagt: Für all diejenigen, die in dem einen Jahr, in dem sie Arbeitslosengeld I beziehen, nicht vermittelt werden – das sind die meisten –, muss die Bundesagentur 10 000 Euro an den Bund zahlen. Damit kommt er auf eine Einnahme von über 5 Milliarden Euro. Jetzt habe ich gedacht: Da kürzen Sie irgendetwas. Nein, da kürzen Sie natürlich nicht. Auf diese Einnahme bestehen Sie. Aber Sie wollen 4 Milliarden ein-

sparen. Das geht wieder zulasten der Arbeitslosen, zulasten einer, wie ich meine, völlig falschen Gruppe. Deutlich über 90 Prozent unserer Arbeitslosen wollen arbeiten. Dass es einzelne Ausnahmen gibt, braucht mir niemand zu erzählen; das weiß auch ich. Das ist aber nicht unser gesellschaftliches Problem. Unser gesellschaftliches Problem sind diejenigen, die Erwerbsarbeit – auch zur Wahrung ihrer Würde – wollen und keine reale Chance dazu haben. Daran muss sich etwas ändern.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Jetzt haben Sie noch festgelegt, dass der Rentenbeitrag, der für die Arbeitslosen gezahlt wird, gesenkt wird. Es ist völlig klar: Dann bekommen diese nur Minirenten und wir haben später das Problem der Altersarmut. Das hilft uns doch nicht weiter. Wir verlagern hier ein Problem auf die nächste Generation.

Die Rentnerinnen und Rentner sollen jetzt vier Nullrunden durchmachen. Zwei Nullrunden haben sie schon hinter sich. Es gab sogar erstmalig eine Bruttorentenkürzung und dann eine Nettorentenkürzung durch Beitragserhöhungen. Nullrunden bei Mehrwertsteuererhöhungen und anderen Kostensteigerungen sind natürlich in Wirklichkeit Nettorentenkürzungen – und das sechs Jahre lang; das muss man sich einmal überlegen. Dass wir in einer Gesellschaft, die so reich ist, dass sie in den letzten Jahren ihren großen Konzernen sowie den Besser- und Bestverdienenden alle möglichen Geschenke machen konnte, bei den Rentnerinnen und Rentnern sagen: »Wir haben kein Geld«, ist nicht hinnehmbar.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Es soll ja noch die Rentenformel verändert werden und dann wollen Sie das Renteneintrittsalter anheben. Sie wollen das langfristig tun. Sie betonen immer, dass die Menschen älter werden. Das stimmt; den demografischen Faktor sehen auch wir. Warum erwähnen Sie aber nicht einmal, wie sehr die Produktivität gestiegen ist? Daimler-Benz brauchte vor 20 Jahren für einen bestimmten Produktionsgang vier Arbeitskräfte; heute wird dafür nur noch eine Arbeitskraft benötigt. Das heißt, wenn damals vier Arbeitskräfte vier Rentner mit ernähren konnten, müsste das heute angesichts der Produktivitätsentwicklung einer können. Aber die Lohnentwicklung und anderes haben damit nicht Schritt gehalten. Das ist das Problem, mit dem wir es zu tun haben.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Wir sind die einzige große Industriegesellschaft mit einem Rückgang der Reallöhne um 0,9 Prozent in den letzten Jahren. Ich bitte Sie: Selbst in den USA haben die Reallöhne um 15 Prozent zugenommen. In Großbritannien und in Skandinavien sind sie um über 20 Prozent gestiegen. In anderen Ländern – sie mögen sich ansonsten sehr voneinander unterscheiden – gibt es eine völlig andere Entwicklung als in Deutschland. Sie behaupten aber im Ernst, wir hätten als Einzige Recht und gingen den wahren Weg. Ich sage Ihnen: Dieser Weg ist auch ökonomisch eine Katastrophe. Ohne eine höhere Kaufkraft und mehr Zuversicht der Bevölkerung wird es keine Rettung für kleine und mittlere Unternehmen in

Deutschland geben. Wir werden vielmehr weiter höchste Insolvenz-zahlen haben.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Nun gibt es ja seit ewigen Zeiten den Streit zwischen Angebot und Nachfrage. Der Linken wird immer vorgeworfen, sie denke nur an die Nachfrage, und wir werfen den Konservativen immer vor, sie würden nur an das Angebot denken. Es hilft nichts: Man muss einfach beides sehen.

*Klaus Uwe Benneter (SPD):  
So ist es!*

– Nur, Herr Benneter, Ihre liebe Regierung hat über sieben Jahre ausschließlich die Angebotsseite behandelt, statt einmal auch die Nachfrage zu erhöhen, wie es übrigens auch im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen dringend erforderlich gewesen wäre.

*Beifall bei der LINKEN - Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Steuerreformen haben wir gemacht!*

Deshalb sage ich Ihnen: Sie werden sich um die Nachfrageseite in Deutschland kümmern müssen, wenn Sie die Wirtschaft stärken und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen wollen. Wir machen das nicht aus rein ideologischen Gründen. Wir denken dabei auch ökonomisch; aber wir wollen natürlich – das ist unser Ziel als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten –, dass es den Menschen in dieser Gesellschaft besser geht. Man sollte nicht einerseits Wasser predigen und abbauen und andererseits Wein trinken. Wir haben gesagt: Wir predigen wenigstens auch Wein.

*Beifall bei Abgeordneten der*

#### *LINKEN – Widerspruch bei der SPD*

Das ist der Unterschied. Wir wollen, dass es den Leuten besser geht. Sie wollen das für viele nicht mehr erreichen. Das ist nicht hinnehmbar.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine Frau.

*Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP): Wo er Recht hat, hat er Recht!*

– Das ist erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; das wird man doch wohl mal erwähnen dürfen. – Ich hätte mir von Ihnen zwei, drei lohnende Sätze zur Gleichstellungspolitik in dieser Gesellschaft gewünscht.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Ich habe nichts dazu gehört; das finde ich schade.

Sie kommen aus Ostdeutschland. Da hätte ich mir gewünscht, dass Sie das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse Ost und West zumindest nicht aufgeben. Das steht aber kein einziges Mal im Koalitionsvertrag und Sie haben es auch kein einziges Mal geäußert. Wenn Sie schon nicht sagen können, wann in Ost und West gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezogen werden wird, dann geben Sie doch nicht auch noch das Ziel auf.

#### *Beifall bei der LINKEN*

Wir erwarten von Ihnen zumindest einen Fahrplan, in dem Sie sagen, in welchen Schritten Sie dieses Ziel erreichen wollen. Alle Verteuerungen, zum Beispiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer, werden sich im Osten noch verheerender auswirken als im Westen. Das kennen

wir von früher. Deshalb muss man darauf hinweisen.

Ich glaube auch, dass wir Investitionen brauchen. Sie sprechen gerne vom Zukunftsfonds. Ich sage Ihnen nur: Eine Schummelei geht nicht. Sie können nicht immer mit Jahresbeträgen operieren, aber, wenn es um den Zukunftsfonds geht, von dem Vierjahresbetrag reden. Es geht um 6 Milliarden Euro pro Jahr; das muss man hinzufügen. Dies ist zumeist Geld, das auch sonst ausgegeben worden wäre, mag es auch vernünftige Investitionen darunter geben. Wenn Sie aber in die Verkehrsinfrastruktur investieren wollen, können Sie nicht gleichzeitig die Zuschläge für Bus und Bahn reduzieren. Damit würden Sie nämlich Ihrem eigenen Programm einen Schlag ins Gesicht versetzen.

*Beifall bei der LINKEN*

Frau Bundeskanzlerin –

*Vizepräsident Wolfgang Thierse:  
Herr Kollege, Sie müssen bitte zum  
Ende kommen.*

– ein letzter Satz –, Sie sind wohl für längere Zeit einmalig in Ihrem Amt, sowohl als Frau als auch als Ostdeutsche. Das werden wir nach Ihnen so schnell nicht wieder erleben. Irgendwann müssen Sie aber aufhören, entweder freiwillig oder weil Sie müssen.

*Georg Brunnhuber (CDU/CSU): Da  
haben Sie schon lange aufgehört!*

Sie sollten sich überlegen, dass es doch dann schön wäre, sagen zu können: Die Gesellschaft ist friedlicher geworden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist vorangekommen. Die soziale Gerechtigkeit hat zugenommen. Die Angleichung von Ost an West hat zugenommen. – Wenn Sie all das sagen wollen, müssten Sie allerdings von Ihrem Koalitionsvertrag abgehen und Ihre heutige Regierungserklärung weitgehend vergessen. Da Sie dies wahrscheinlich nicht tun werden, befürchte ich das Gegenteil.

*Anhaltender Beifall  
bei der LINKEN*

# Die Gremienstruktur der Fraktion DIE LINKE.

## Fraktionsvorstand

*Vorsitzende:*

Gregor Gysi, Oskar Lafontaine

*Stellvertretende Vorsitzende*

*ohne Fachbereich:*

Inge Höger-Neuling, Bodo Ramelow

*Stellvertretende Vorsitzende:*

Gesine Lötzsch (Regional- und  
Strukturpolitik, Ostdeutschland,  
Haushalt, Umwelt)

Barbara Höll (Finanzen, Wirtschaft,  
Arbeit)

Petra Sitte (Innovation, Bildung,  
Wissenschaft, Kultur und Medien)

Klaus Ernst (Gesundheit und Soziale  
Sicherheit)

Petra Pau (BürgerInnenrechte und  
Demokratie)

Monika Knoche (Internationale  
Politik)

*Parlamentarische*

*GeschäftsführerInnen:*

Dagmar Enkelmann, Ulrich Maurer

*Frauenpolitische Sprecherin:*

Karin Binder

*Beratende Mitglieder:*

Martina Bunge (Vorsitzende des  
Gesundheitsausschusses)

Kersten Naumann (Vorsitzende des  
Petitionsausschusses)

## Geschäftsführender Fraktionsvorstand

*Vorsitzende:*

Gregor Gysi, Oskar Lafontaine

*Stellvertretende Vorsitzende:*

Inge Höger-Neuling, Bodo Ramelow

*Parlamentarische*

*GeschäftsführerInnen:*

Dagmar Enkelmann, Ulrich Maurer

*Frauenpolitische Sprecherin:*

Karin Binder

## Arbeitskreis I: Regional- und Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt, Umwelt

*Vorsitzende:* Gesine Lötzsch

*Weitere Mitglieder:* Roland Claus, Michael Leutert, Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Dorothee Menzner, Katrin Kunert, Kirsten Tackmann, Kersten Naumann, Hans-Kurt Hill, Barbara Höll, Petra Sitte, Ilja Seifert, Lutz Heilmann, Alexander Ulrich

## Arbeitskreis II: Finanzen, Wirtschaft, Arbeit

*Vorsitzende:* Barbara Höll

*Weitere Mitglieder:* Axel Troost, Roland Claus, Ulla Lötzer, Werner Dreibus, Dietmar Bartsch, Herbert Schui, Sabine Zimmermann, Hans-Kurt Hill, Kornelia Möller

## Arbeitskreis III: Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien

*Vorsitzende:* Petra Sitte

*Weitere Mitglieder:* Cornelia Hirsch, Volker Schneider, Luc Jochimsen, Lothar Bisky, Wolfgang Neskovic, Jan Korte, Monika Knoche, Herbert Schui

## Arbeitskreis IV: Gesundheit und Soziale Sicherung

*Vorsitzender:* Klaus Ernst

*Weitere Mitglieder:* Martina Bunge, Katja Kipping, Jörn Wunderlich, Elke Reinke, Diana Golze, Karin Binder, Frank Spieth, Inge Höger-Neuling, Ilja Seifert, Monika Knoche, Katrin Kunert, Kornelia Möller, Werner Dreibus, Barbara Höll

## Arbeitskreis V: BürgerInnenrechte und Demokratie

*Vorsitzende:* Petra Pau

*Weitere Mitglieder:* Kersten Naumann, Gert Winkelmeier, Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Jan Korte, Wolfgang Neskovic, Katrin Kunert, Martina Bunge, Ulrich Maurer, Jörn Wunderlich

## Arbeitskreis VI: Internationale Politik

*Vorsitzende:* Monika Knoche

*Weitere Mitglieder:* Wolfgang Gehrcke, Norman Paech, Michael Leutert, Hüseyin Aydin, Heike Hänsel, Alexander Ulrich, Diether Dehm, Hakki Keskin, Paul Schäfer, Gert Winkelmeier, Kirsten Tackmann, Gesine Lötzsch, Petra Pau, Ulla Jelpke, Ulla Lötzer, Herbert Schui, Cornelia Hirsch



Die Abgeordneten von A bis Z



## Hüseyin Aydin

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Geboren 22. 10. 1962; 1980–1984 Hüttenarbeiter bei Thyssen-Stahl (Duisburg); 1984–1990 Betriebsrat; 1990–1991 Sozialakademie Dortmund; 1991–1995 Betriebsrat Thyssen und stellvertretender Vertrauenskörperleiter der IG Metall; 1996–2000 Gewerkschaftssekretär (IG Metall Bezirksleitung NRW, Aufgabenbereiche: Jugend und berufliche Bildung); 2000–2003 Projektsekretär »Handwerk im Tarif« der IG Metall in NRW; seit 2003 Gewerkschaftssekretär (IG Metall Düsseldorf, Aufgabenbereiche: Betriebsbetreuung, Betriebsrätebetreuung). Von 1983 bis Januar 2005 SPD-Mitglied; 2005 Parteimitbegründer der WASG auf Bundes- und Landesebene, Mitglied des Bundesvorstandes und Vorstandssprecher der WASG-NRW (bis Juni 2005)

Telefon: 030/227 73492  
Fax: 030/227 76491  
hueseyin-kenan.aydin@  
bundestag.de



## Dietmar Bartsch

Mitglied im Haushaltsausschuss

Geboren 31. 3. 1958 in Stralsund, verheiratet, 2 Kinder; 1976 Abitur, danach Grundwehrdienst; 1978 bis 1983 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der HfÖ in Berlin, Diplomwirtschaftswissenschaftler; 1983 bis 1986 im Verlag Junge Welt; 1986 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau; ab März 1990 Geschäftsführer im Verlag Junge Welt GmbH; Mai 1990 Promotion zum Dr. rer. oec. in Moskau. 1989 Mitbegründer der AG Junge Genossinnen auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS; 1991 bis 1997 Schatzmeister der PDS; 1997 bis 2002 Bundesgeschäftsführer der PDS; 1998 bis 2002 Mitglied der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag; 2003 Unternehmensberater; seit Mai 2004 Geschäftsführer Neues Deutschland

Telefon: 030/227 72491  
Fax: 030/227 76490  
dietmar.bartsch@bundestag.de



## Karin Binder

Mitglied des Fraktionsvorstandes  
und Frauenpolitische Sprecherin

Geboren 28. 8. 1957 in Stuttgart,  
lebt in einer Patchwork-Familie mit  
Elwis, Dominik (12) und Maximilian  
(8); Ausbildung im Einzelhandel,  
später Qualifikation zur Handels-  
fachwirtin; bereits in der Ausbil-  
dung als Jugendvertreterin aktiv;  
später mehr als 13 Jahre lang als  
Betriebsrätin und Betriebsratsvor-  
sitzende in einem Bertelsmann-Un-  
ternehmen in Stuttgart; danach in  
Konstanz am Bodensee Tätigkeit in  
einer Firma für Außenwerbung; Auf-  
bau eines ver.di-Kreisverbandes als  
dessen Vorsitzende; seit April 2003  
bis zu ihrem Einzug in den Bundes-  
tag die Vorsitzende der DGB-Region  
Mittelbaden (Karlsruhe); zuvor  
über 25 Jahre aktive ehrenamt-  
liche Gewerkschafterin (HBV) in  
unterschiedlichsten Funktionen auf  
Kreis-, Bezirks- und Landesebene;  
Mitglied der WASG, der Linkspartei

Telefon: 030/227 70600  
Fax: 030/227 76600  
karin.binder@bundestag.de



## Lothar Bisky

Mitglied im Ausschuss für Kultur  
und Medien, Sprecher für Medien-  
politik

Geboren 17. 8. 1941 in Zollbrück,  
verheiratet, 3 Kinder; 1961 Abitur;  
1962–1966 Studium Philosophie,  
HU zu Berlin, und Allgemeinen  
Kulturwissenschaften, Karl-Marx-  
Universität Leipzig, Diplomkul-  
turwissenschaftler; 1966–1967  
Assistent an der KMU; 1967–1980  
wissenschaftlicher Mitarbeiter, Ab-  
teilungsleiter am Zentralinstitut für  
Jugendforschung Leipzig; 1969 Pro-  
motion; 1975 Dr. sc.; 1979 Hono-  
rarprofessor; 1980–1986 Dozent an  
der Akademie für Gesellschaftswis-  
senschaften; 1986–1990 Rektor an  
der Hochschule für Film und Fern-  
sehen in Potsdam-Babelsberg. Seit  
1963 Mitglied der SED/PDS; 1990  
Mitglied der Volkskammer; 1993 bis  
Oktober 2000 und seit Juni 2003  
Vorsitzender der PDS/Linkspartei;  
1990–2005 Mitglied des Landtages  
Brandenburg; bis 2004 Vorsitzender  
der Fraktion der PDS; 2004–2005  
Vizepräsident des Landtages

Telefon: 030/227 71216  
Fax: 030/227 76215  
lothar.bisky@bundestag.de



## Heidrun Bluhm

Mitglied im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik

Geboren 18.1.1958 in Schwerin, geschieden, zwei Kinder; 1974 Polytechnische Oberschule; 1976 Berufsausbildung Bauzeichnerin; 1976–81 FDJ Kreisleitung, Mitarbeiter; 1977 Studium Marxismus-Leninismus, Jugendhochschule; 1981–90 Lehrerin für Marxismus-Leninismus, Bezirksgewerkschaftsschule des FDGB und Institut des ZK der SED Schwerin; 1990 Studium Gesellschaftswissenschaften Berlin, Diplom; 1992 Studium Innenarchitektur/Design Hamburg, Diplom; 1990–91 Landesvorstand der PDS, Mitarbeiter; 1992–2002 selbstständig, Planungsbüro Innenarchitektur/Design; 1994–2002 Mitgesellschafter der Bluhm & Bluhm Immobilienverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft; 2002 Erste Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Beigeordnete für Bauen, Ordnung und Umwelt

Telefon: 030/227 70256  
Fax: 030/227 76155  
heidrun.bluhm@bundestag.de



## Eva Bulling-Schröter

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sprecherin für Umweltpolitik

Geboren 22. 2. 1956 in Ingolstadt, verheiratet; 1966–1974 Gymnasium; 1974–1979 tätig in verschiedenen Betrieben des Handels und der Metallverarbeitung; 1979–1981 Umschulung zur Betriebsschlosserin; seit 1985 Montageschlosserin; ehrenamtliche Betriebsrätin; 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestages in der Funktion der umweltpolitischen Sprecherin und Verantwortliche für Tierschutz, 2002–2005 wieder Schlosserin. 1974–1990 Mitglied DKP; seit 1990 Mitglied PDS/Linkspartei; seit 2000 Landessprecherin der PDS in Bayern. DGB-Regions-Frauenausschuss und IG-Metall-Frauenausschuss, Kreisvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft, Mitglied des BUND, des Tierschutz-Bundes e. V., der Vereinigung der Tierversuchgegner e. V., der VVN/BdA

Telefon: 030/227 72487  
Fax: 030/227 76485  
eva.bulling-schroeter@  
bundestag.de



## Martina Bunge

Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Mitglied im Sportausschuss, Sprecherin für Sportpolitik

Geboren 18. 5. 1951, in Leipzig, zwei Kinder; 1969 Abitur und Facharbeiterbrief (Eisenbahn); 1970–1973 beruflicher Start in der EDV, zugleich Sonderstudium für Mathematik; 1973–1978 Fernstudium als Diplom-Lehrerin Marxismus-Leninismus; ab 1975 Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, dort Promotion zum Dr. oec., 1986 bis 1989 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin mit Habilitation und Lehrbefähigung; 1990–1991 Mitarbeiterin in der Kommission Wirtschaft und Soziales beim Bundesvorstand der PDS, 1991–1998 Referentin für Sozialpolitik der PDS im Bundestag, 1998–2002 Sozialministerin der Landes Mecklenburg-Vorpommern, seit 1998 Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Seit 1980 Mitglied der SED/PDS/Die Linkspartei; 1996–2000 Stellvertretende Landesvorsitzende

Telefon: 030/227 70069  
Fax: 030/227 76076  
martina.bunge@bundestag.de



## Roland Claus

Mitglied im Haushaltsausschuss und im Finanzausschuss, Mitglied im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Geboren 18.12.1954, getrennt lebend, 2 Kinder, 2 Enkelkinder; Ausbildung zum Diplomingenieur-ökonom; 1983–1987 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle; März bis Oktober 1990 Mitglied der Volkskammer; 1990 bis 1998 MdL Sachsen-Anhalt; 1990 bis 1997 zunächst Bezirks-, später Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt; 1998–2000 Mitglied des Bundestages als parlamentarischer Geschäftsführer; ab 2000 Vorsitzender PDS-Fraktion; seit 2003 Koordinator der Fraktionskonferenz der Linkspartei.PDS

Telefon: 030/227 72355  
Fax: 030/227 76354  
roland.claus@bundestag.de



## Sevim Dagdelen

Mitglied im Rechtsausschuss

Geboren 4. 9. 1975 in Duisburg,  
ledig; Juni 1996 bis Juni 1998

Mitglied im Landesvorstand der  
LandeschülerInnenvertretung  
Nordrhein-Westfalen (LSV NW) und  
Mitglied im Bundesausschuss der  
BundeschülerInnenvertretung.

1997 Erwerb der Allgemeinen  
Hochschulreife in Duisburg, 1998  
bis 2001 Studium der Rechtswis-  
sensschaften an der Philipps-Univer-  
sität Marburg, 2001 bis 2002 Aka-  
demisches Jahr an der juristischen  
Fakultät, University of Adelaide,  
Südaustralien. Seit April 2002 an  
der Universität zu Köln. Seit 1991  
Mitglied in der Gewerkschaft (ver.  
di); Ende 1993 bis 2001 aktives  
Mitglied der Bundesjugendkommis-  
sion der Jugendorganisation der  
DIDF (Föderation Demokratischer  
Arbeitervereine e. V.); seit Februar  
2003 Mitglied im geschäftsfüh-  
renden Bundesvorstand der DIDF;  
März 2005 Gründungsmitglied vom  
»Bund der Migrantinnen«

Telefon: 030/227 71354  
Fax: 030/227 76852  
sevim.dagdelen@bundestag.de



## Diether Dehm

Mitglied im Ausschuss für Ange-  
legenheiten der EU, Sprecher für  
Europapolitik

Geboren 3. 4. 1950 in Frankfurt/  
Main; seit 1966 Liedermacher;  
1971 Begründer der städtischen  
Serie »Lieder im Park«; seit 1976  
gemeinsam mit Günter Wallraff Auf-  
bau der Gegen-Bild-Stellen in Köln  
und Frankfurt; seit 1980 Autor und  
Koautor diverser Musik- und Ka-  
barettkünstler, von Unterhaltungs-  
und Satiresendungen im Fernsehen  
sowie von Theaterstücken und  
Musicals; 1985 Gründung des Ver-  
eins »Künstler in Aktion«; seit 1989  
Managementfirma und Medienber-  
atung. 1993 Bundesvorsitzender  
der 43 000 SPD-Unternehmer  
(AGS); Mitglied des Frankfurter  
Magistrats; 1994 Mitglied des  
Deutschen Bundestags, 1998 nach  
33 Jahren Austritt aus der SPD; Ein-  
tritt in die PDS; 1999–2003 stellv.  
PDS-Parteivorsitzender; ab 2004  
Landesvorsitzender Niedersachsen

Telefon: 030/227 73087  
Fax: 030/227 76087  
joerg-diether.dehm-desoi@  
bundestag.de



## Werner Dreibus

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Gewerkschaftspolitischer Sprecher und Beauftragter für die Kontakte zu den Gewerkschaften

Geboren 20. 6. 1947 in Offenbach am Main, verheiratet, eine Tochter; nach 8 Jahren Volksschule Ausbildung zum Chemiefacharbeiter, berufliche Praxis; Besuch der Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt; hauptberufliche Tätigkeit für die IG Chemie und die IG Metall als Sekretär und Lehrer in der Erwachsenenbildung; seit 1994 Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach

Telefon: 030/227 72204  
Fax: 030/227 76204  
werner.dreibus@bundestag.de



## Dagmar Enkelmann

Parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Geschäftsordnungsausschuss

Geboren 5. 4. 1956 in Altlandsberg, 3 Kinder, verheiratet; 1974–1979 Studium Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1979 bis 1985 Lehrerin für Geschichte an der Jugendhochschule Bogensee; 1990 Mitglied der Volkskammer; 1990–1998 Mitglied des Bundestages; 1999 Unternehmensberaterin; seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Bernau; 1999–2004 Vorsitzende des »kommunalpolitischen forum Land Brandenburg« e. V.; 1999–2005 Mitglied des Landtages Brandenburg; 1999–2004 Mitglied des Fraktionsvorstandes des PDS, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung; 2004–2005 Fraktionsvorsitzende, Mitglied im Präsidium des Landtages und im Hauptausschuss des Landtags; seit 2003 stellvertretende Vorsitzende der PDS

Telefon: 030/227 78220  
Fax: 030/227 76219  
dagmar.enkelmann@bundestag.de



## Klaus Ernst

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Leiter des Arbeitskreises »Gesundheit und Soziale Sicherung«, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

Geboren 1. 11. 1954 in München; Ausbildung zum Elektromechaniker; seit 1972 Mitglied der IG Metall; Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall und der DGB-Jugend in München; 1979–1984 Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie in Hamburg, Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialökonom; Mitarbeit in der Organisation des Streiks 1984 zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche; 1984–1985 Gewerkschaftssekretär in der Stuttgarter IG Metall; seit 1995 gewählter 1. Bevollmächtigter in Schweinfurt; Mitinitiator der »Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, Ausschluss aus der SPD 2004; Gründungsmitglied und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des Vereins und der Partei WASG

Telefon: 030/227 70366  
Fax: 030/227 76466  
klaus.ernst@bundestag.de



## Wolfgang Gehrcke

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Sprecher für Internationale Beziehungen

Geboren 8. 9. 1943 in Reichau/Bayern, verheiratet, eine Tochter; 1950 bis 1959 Volksschule; 1959–1961 Verwaltungslehre; 1961–1968 Angestellter bei der Bundesanstalt für Arbeit; seit 1968 Tätigkeiten im Verlagswesen, als Journalist und in politischen Funktionen. 1961 Eintritt in die KPD; 1968–1974 stellvertretender Vorsitzender der SDAJ, bis 1979 Bundesvorsitzender; Mitinitiator von sozialen und demokratischen Bewegungen; 1968 Gründungsmitglied der DKP, 1973–1989 Mitglied des Parteivorstandes; 1990 Eintritt in die PDS; 1991–1993 Bundesgeschäftsführer der PDS, 1993–1998 stellvertretender Vorsitzender; 1998–2002 MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und außenpolitischer Sprecher der Fraktion; seit 2002 Mitglied Parteivorstand der PDS; 2004–2005 Mitglied des Landtages Brandenburg

Telefon: 030/227 73184  
Fax: 030/227 76185  
wolfgang.gehrcke@bundestag.de



## Diana Golze

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied der Kinderkommission, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik

Geboren 18. 6. 1975 in Schwedt/Oder, verheiratet, 1 Tochter; 1982 bis 1990 POS, 1990–1995 EOS/Gymnasium; 1995–2000 Studium an der TU Berlin, Erziehungswissenschaften, Diplom-Sozialpädagogin. 1991 Eintritt in die AG »Junge GenossInnen« in und bei der PDS, 1997 Eintritt in die PDS, seit 1997 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, 1998–2001 Abgeordnete für die PDS im Kreistag Uckermark, seit Feb. 1999 Stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Brandenburg, 1999–2005 Wahlkreismitarbeiterin im Havelland, 2002–2003 stellv. Mitglied im Jugendhilfeausschuss des Landkreises Havelland, seit Okt. 2003 Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rathenow und Abgeordnete für die PDS im Kreistag Havelland

Telefon: 030/227 74331  
Fax: 030/227 76329  
diana.golze@bundestag.de



## Gregor Gysi

Fraktionsvorsitzender

Geboren 16.1.1948 in Berlin; verheiratet, drei Kinder; 1954 bis 1962 POS, 1962–1966 EOS mit Ausbildung zum Facharbeiter für Rinderzucht; 1966–1970 Jurastudium an der Humboldt-Universität Berlin, 1970–1971 Richterassistent, seit 1971 Rechtsanwalt in Berlin; 1988–1989 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin und des Rates der Vorsitzenden der Kollegien der Rechtsanwälte in der DDR; Dezember 1989–Januar 1990 Vorsitzender der SED/PDS, Februar 1990 bis Januar 1993 Vorsitzender der PDS; März 1990 bis Oktober 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion in der Volkskammer; 1990 bis 1. Februar 2002 Mitglied des Bundestages; 1990–1998 Vorsitzender der Gruppe der PDS; 1998 bis Oktober 2000 Vorsitzender der PDS-Fraktion; 17. Januar 2002–31. Juli 2002 Berliner Bürgermeister und Wirtschaftssenator; Rücktritt wegen der sog. Flugmeilen-Affäre

Telefon: 030/227 72700  
Fax: 030/227 76700  
gregor.gysi@bundestag.de



## Lutz Heilmann

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geboren 7.9.1966 in Zittau (Sachsen); 1973–1983 POS; 1983–1985 EOS; 1985–1990 Wehrdienst als Personenschützer (in der DDR beim MfS angesiedelt); 1991 Kreisgeschäftsstellenleiter der PDS Zittau; 1991–1992 BWL-Studium in Zittau; 1992–2004 Jura-Studium Freie Universität zu Berlin und Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; seit April 2005 Rechtsreferendar. 1986–1989 SED-Mitglied; 1989 bis 1992 PDS-Mitglied; 2000 Wiedereintritt in die PDS; 2000–2002 Mitglied Kreisvorstand Nordwestmecklenburg

Telefon: 030/227 70790  
Fax: 030/227 76788  
lutz.heilmann@bundestag.de



## Hans-Kurt Hill

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sprecher für Energiepolitik

Geboren 21.7.1950 in Heusweiler, Hauptschule, Handelsschule, Höhere Wirtschaftsfachschule (Abendschule) und Telekolleg; Ausbildung zum Kaufmann im Groß- und Außenhandel; Mitarbeiter der Daimler-Benz AG, NL Saarbrücken, Vertriebsleiter der Saar-Leasing AG, seit 1984 selbstständig. Bis 1994 Mitglied der SPD Saar, kommunalpolitische Aktivitäten als zweiter Vorsitzender des Ortvereins Eiweiler und Mitglied des Gemeindeverbandvorstandes und Ortsratsmitglied; seit 1998 Mitglied der PDS im Saarland, seit 2000 Landesvorsitzender

Telefon: 030/227 72487  
Fax: 030/227 76476  
hans-kurt.hill@bundestag.de



## Nele Hirsch

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Sprecherin für Bildungspolitik

Geboren 16.1.1980 in Stuttgart, ledig; 1999 Abitur; 1999–2001 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (Politikwissenschaft, Interkulturelle Wirtschaftskommunikation, Islamwissenschaft). Magisterzwischenprüfung und Großes Arabicum; 2001–2003 Auslandsstudium an der Kansai Gaidai Universität in Osaka (Japan), Abschluss in Asian Studies; 2003 bis 2005 Beurlaubung vom Studium – Vorstandstätigkeit im Studierendenverband »freier Zusammenschluss von studentInnenschaften« (fzs); seit 2004 Teilzeitstudium an der FU Berlin (Diplomstudiengang Politikwissenschaft), Mitglied bei ver.di und GEW, Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (LiRa), im Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

Telefon: 030/227 73890  
Fax: 030/227 76893  
cornelia.hirsch@bundestag.de



## Heike Hänsel

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Mitglied im Unterausschuss Vereinte Nationen, Sprecherin für Entwicklungspolitik

Geboren 1. 1. 1966 in Stuttgart, ledig; 1977–1985 Gymnasium; 1985–1988 Studium der Katholischen Theologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; 1989 bis 1993 Studium der Haushalts- und Ernährungswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 1993–1994 Forschungsaufenthalt in Jakarta, Indonesien; 1995–1996 Diplomarbeit, Diplom-Oecotrophologin; seit Februar 1997 Mitarbeit bei der Gesellschaft Kultur des Friedens; 2000 Mitarbeit bei Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung in Stuttgart; Mitwirkung an Friedensaktionen in Kolumbien, Irak, Ex-Jugoslawien, 1997 OSZE-Wahlbeobachtung in Mostar und Doboj; 1999–2000 Pilotprojekt »Solar for Peace« in Tuzla, 2001 OSZE-Wahlbeobachtung im Kosovo; seit 2001 Attac

Telefon: 030/227 73178  
Fax: 030/227 76179  
heike.haensel@bundestag.de



## Inge Höger-Neuling

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende ohne Fachbereich und Mitglied des Fraktionsvorstandes

Geboren 29. 10. 1950 in Diepholz, ein Sohn; 1957–1965 Volksschule Haldem, 1965–1967 Handelsschule Rahden, 1967–1969 Ausbildung zur Speditionskauffrau, 1970–1973 Studium an der Hochschule für Wirtschaft in Bremen; Beschäftigung im betrieblichen Rechnungswesen; seit 1994 Angestellte bei der AOK Westfalen-Lippe; 1990–1995 Sprecherin des Stadtteilernrates in Herford, seit 1993 Vorsitzende des DGB-Frauenausschusses, seit 1996 Personalrätin bei der AOK, seit 2004 stellv. Personalratsvorsitzende, seit 2000 Mitglied im Gesamtpersonalrat der AOK Westfalen-Lippe, seit 1997 Mitglied der Bundestarifkommission für die AOK und seit 2001 der Tarifverhandlungskommission, Gründungsmitglied der WASG in Nordrhein-Westfalen, seit Ende Juni 2005 Mitglied der Linkspartei

Telefon: 030/227 74330  
Fax: 030/227 76339  
inge.hoeger-neuling@bundestag.de



## Barbara Höll

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »Wirtschaft, Arbeit, Finanzen«; Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Finanzausschuss, Sprecherin für Steuerpolitik und für Lesben- und Schwulenpolitik

Geboren 26. 12. 1957 in Coswig/Anhalt; Abitur in Halle; Philosophiestudium in Rostow am Don; 1981–1990 wissenschaftliche Assistentin an der Handelshochschule Leipzig, 1988 Promotion. Mitglied in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und der SED; seit 1996 Mitglied der PDS, seit Juli 2005 Linkspartei; im Dezember 1990 als parteilose Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes über die offene Liste der PDS in den 12. Deutschen Bundestag gewählt; finanzpolitische Sprecherin, 1990–2002 Mitglied des Bundestages; 2004–2005 Mitglied des Sächsischen Landtages; stellvertretende Vorsitzende des Sozialwerkes des Demokratischen Frauenbundes

Telefon: 030/227 71262  
Fax: 030/227 76261  
barbara.hoell@bundestag.de



## Ulla Jelpke

Mitglied im Innenausschuss,  
Sprecherin für Innenpolitik

Geboren 9. 6. 1951 in Hamburg;  
gelernte Friseurin, Kontoristin  
und Buchhändlerin; 1993 über  
den 2. Bildungsweg Abschluss als  
Diplom-Soziologin und Volkswirtin;  
1981 und 1989 zweimal zur Abge-  
ordneten für die Grün-Alternative  
Liste (GAL) in die Bürgerschaft  
Hamburg (Innen-, Rechts-, Frauen-  
und Sozialausschuss) gewählt;  
zwischenzeitlich wegen Rotation 3  
Jahre als Frauenreferentin bei der  
GAL-Fraktion tätig; 1990–2002  
MdB in PDS-Gruppe und -Fraktion;  
Vors. AG Innen- und Rechtspolitik  
der PDS-Fraktion und Innenpoliti-  
sche Sprecherin der PDS-Fraktion.  
Schwerpunkte: Migrations- und  
Flüchtlingspolitik, Sicherheits-  
gesetze und Verteidigung von  
Grundrechten, Antifaschismus und  
Menschenrechtsfragen; 2002 bis  
2005 Ressortleiterin Innenpolitik  
bei der Tageszeitung junge Welt;  
Mitherausgeberin und Autorin der  
Zwei-Wochen-Zeitschrift Ossietzky

Telefon: 030/227 71252  
Fax: 030/227 78751  
ulla.jelpke@bundestag.de



## Luc Jochimsen

Mitglied im Ausschuss für Kultur  
und Medien, Sprecherin für Kultur-  
politik

Geboren 1. 3. 1936; Beruf: Publi-  
zistin; 1961 Promotion bei Helmut  
Schelsky in Münster »Zigeuner  
– eine Minderheit in der Bundes-  
republik«; 1975–1985 NDR-Redak-  
teurin/ARD-Magazin »Panorama«;  
1985–1988 Korrespondentin der  
ARD in London; 1988–1991 Verant-  
wortliche für die Abteilung Fea-  
ture/Auslandsdokumentation des  
NDR; 1991–1993 Leiterin des ARD  
Fernsehstudio London; 1994–2001  
Chefredakteurin Fernsehen des  
Hessischen Rundfunks; ab 2001 im  
Ruhestand als freie Publizistin

Telefon: 030/227 77157  
Fax: 030/227 76856  
lukrezia.jochimsen@bundestag.de



## Hakki Keskin

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, Beauftragter für die Erweiterung der EU

Geboren 12. 2. 1943 in Maçka (Hamisköy)/Trabzon in der Türkei; 1964 Abitur in Erzincan/Türkei; 1965–1966 deutsche Hochschulreife in Hamburg; 1967–1977 Studium der Politikwissenschaft und Promotion in Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin; 1978–1980 Planungsberater im Stab des türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit; 1980–1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin und Berater des Innensensors Peter Ulrich in Ausländerfragen; seit September 1982 Professor für Politik und Migrationspolitik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; 1993–1997 Mitglied Bürgerschaft von Hamburg; 1995 Mitbegründer und bis 2005 Bundesvorsitzender der »Türkischen Gemeinde in Deutschland«

Telefon: 030/227 70840  
Fax: 030/227 76838  
hakki.keskin@bundestag.de



## Katja Kipping

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Sprecherin für Sozialpolitik

Geboren 18. 1. 1978 in Dresden; 1984–1996 Schulzeit; 1996 Abitur am Annengymnasium in Dresden; 1996–1997 Freiwilliges Soziales Jahr in Russland (Gatschina); 1997–2003 Magisterstudium der Slawistik/Amerikanistik/Rechtswissenschaft an der TU Dresden; 2003 Magisterarbeit, Literaturwissenschaftlerin. April 1998 Eintritt in die PDS; 1999–2003 Stadträtin in Dresden; 1999–2005 Mitglied des Sächsischen Landtages (Sprecherin für Verkehrs- und Energiepolitik); bis 2004 Mitglied des Präsidiums, seit Juli 2003 stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS; seit 2004 Sprecherin beim bundesweiten Netzwerk Grundeinkommen ([www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de))

Telefon: 030/227 70524  
Fax: 030/227 76526  
katja.kipping@bundestag.de



## Monika Knoche

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »Internationale Politik«, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Geboren: 16. 9. 1954 in Kirrlach, Baden-Württemberg; Realschule; mittlerer Fernmeldedienst; verschiedene andere Tätigkeiten; Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft; diverse andere Mitgliedschaften u. a. in frauenpolitischen und kulturpolitischen Vereinen; seit 1979 Mitglied der Grünen; seit 1991 Mitglied im Länderrat der Grünen; seit 1985 Stadträtin in Karlsruhe, seit 1991 Fraktionsvorsitzende; 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestages in der grünen Fraktion, danach im ver.di-Bundesvorstand als Gewerkschaftssekretärin; 2005 Austritt bei den Grünen

Telefon: 030/227 70524  
Fax: 030/227 76526  
monika.knoche@bundestag.de



## Jan Korte

Mitglied im Innenausschuss

Geboren 5. 4. 1977 in Osnabrück; 1996–1999 Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rat der Stadt Georgsmarienhütte; seit 1999 Studium der Politischen Wissenschaften an der Universität Hannover, zzt. Magisterarbeit; 2000 Gründung der PDS-Hochschulgruppe an der Uni Hannover und mehrere Jahre Mitglied des Studierendenparlaments; seit 2004 Vorsitzender des PDS-Kreisverbandes Hannover; Mitglied der BAG Wissenschafts- und Hochschulpolitik, Mitglied bei ver.di; seit 2003 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS

Telefon: 030/227 71101  
Fax: 030/227 76201  
jan.korte@bundestag.de



## Katrin Kunert

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mitglied im Ausschuss für Tourismus, Sprecherin für Kommunalpolitik und Tourismuspolitik

Geboren 6. 4. 1964 in Wolmirstedt; getrennt lebend, ein Sohn; 1980 bis 1982 Ausbildung zur Rinderzüchterin; 1982–1985 Studium an der Agraringenieurschule Stadtroda, Diplom-Ingenieur (FH) für Tierproduktion; 1986–1990 Leiter des Jugendreisebüros »Jugendtourist« in Osterburg; 1990 stellv. Kreisvorsitzende der PDS in Osterburg (hauptamtlich); bis 1997 Umschulung und Arbeit als Floristin; 1998–2005 Wahlkreismitarbeiterin MdL. Seit 1982 Mitglied der SED/PDS/Linkspartei; 1990–1992 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Sachsen-Anhalt; 1991–1994 Mitglied des Kreistages Osterburg; seit 1995 Mitglied des Kreistages Stendal, seit 1998 Fraktionsvorsitzende; seit 2003 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei. PDS

Telefon: 030/227 74488  
Fax: 030/227 76489  
katrin.kunert@bundestag.de



## Oskar Lafontaine

Fraktionsvorsitzender

Geboren 16. 9. 1943 in Saarlouis; römisch-katholisch; verheiratet, zwei Kinder. 1962 Abitur; 1962–1969 Studium der Physik an den Universitäten Bonn und Saarbrücken, Diplomphysiker; 1969–1974 bei der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Saarbrücken tätig, ab 1971 als Vorstandsmitglied; 1974–1976 Bürgermeister und 1976–1985 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken; 1970–1975 und 1985–1998 Mitglied des Saarländischen Landtages; 1985–1998 Ministerpräsident des Saarlandes; 1994 und 1998 bis 1999 Mitglied des Bundestages; zeitweilig Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, 27. Oktober 1998 bis März 1999 Bundesminister der Finanzen. 1966 Eintritt in die SPD; 1977–1996 Landesvorsitzender der SPD Saar, seit 1994 Mitglied im Präsidium der SPD, 1995 bis März 1999 Bundesvorsitzender, Mai 2005 Austritt aus der SPD; Juni Eintritt in die WASG

Telefon: 030/227 72800  
Fax: 030/227 76800  
oskar.lafontaine@bundestag.de



## Michael Leutert

Mitglied im Haushaltsausschuss, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Sprecher für Menschenrechtspolitik

Geboren 8. 8. 1974; 1992 Abitur; 1993 Grundwehrdienst; 1994 bis 2000 Studium der Soziologie sowie Rechts- und Politikwissenschaft an der TU Chemnitz, 2000–2002 Fortsetzung an der TU Dresden; 2002 Diplom-Soziologe; zum Jahreswechsel 2004/05 mehrere Wochen in Cairns (Australien) College für englische Sprache; derzeit Promotionsstudent an der Universität Chemnitz. Seit dem 8. März 1991 Mitglied der PDS, des Kreis- und Ortsvorstandes Mittweida, einige Jahre dessen Vorsitzender; 1998 und 1999 Landesjugendkoordinator der PDS Sachsen; 1999–2005 stellvertretender Landesvorsitzender

Telefon: 030/227 70529  
Fax: 030/227 76527  
michael.leutert@bundestag.de



## Ulla Lötzer

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Mitglied im Unterausschuss Globalisierung und Außenwirtschaft, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Geboren 5. 3. 1950 in Essen, geschieden, 1 Kind; Ausbildung als Buchhändlerin; Arbeit bei Opel in Bochum; Fachhochschulreife, Studium der Informatik; Tätigkeit als Systemprogrammiererin, Systemanalytikerin und Projektmanagerin; 1991–1998 Abteilungsleiterin der Gewerkschaft HBV; 1998–2002 Mitglied des Bundestages, Sprecherin der PDS-Fraktion in der Enquetekommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten«; 2002–2005 Gewerkschaftssekretärin bei ver.di Köln; Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ATTAC. Mitglied im Parteivorstand der Linkspartei; Koordination einer Arbeitsgruppe »Alternativen für eine solidarische Globalisierung« der europäischen Linksparteien

Telefon: 030/227 78540  
Fax: 030/227 76541  
ursula.loetzer@bundestag.de



## Gesine Lötzsch

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »Regional- und Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt, Umwelt«, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Haushaltsausschuss, Sprecherin für Haushaltspolitik

Geboren 7.8.1961 in Berlin; verheiratet, zwei Kinder; 1980 Abitur; 1980–1985 Studium an der Humboldt-Universität Berlin, Diplom-Lehrerin für Deutsch und Englisch; 1985–1988 Forschungsstudium an der HU Berlin, 1988 Promotion; 1988–1990 Wissenschaftliche Assistentin; seit 1984 Mitglied der SED/PDS/Linkspartei; 1991–1993 Mitglied des Landesvorstandes Berlin; Vorsitzende des Bezirksverbandes der PDS Berlin-Lichtenberg; 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin; 1991–2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin; 1991–1993 Vorsitzende der PDS-Fraktion; seit 2002 Mitglied des Bundestages

Telefon: 030/227 71786  
Fax: 030/227 76070  
gesine.loetzsch@bundestag.de



## Ulrich Maurer

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Wahlprüfungsausschuss, Mitglied im Ältestenrat des Bundestages

Geboren 29.11.1948 in Stuttgart; katholisch, verheiratet, zwei Kinder; Volksschule, Gymnasium und Abitur in Stuttgart. Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen. 1974 Erstes Staatsexamen, 1977 Assessorexamen; seitdem selbstständiger Rechtsanwalt. 1971–1980 Mitglied des Gemeinderats der Stadt Stuttgart; 1980 bis 2005 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg; 1992–2001 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg. 1987 bis 1999 Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg; 1990–2003 im SPD-Bundesvorstand; 1995–1999 und 2000–2001 Mitglied des SPD-Präsidiums. Mitglied der Gewerkschaft ÖTV/ver.di. 2005 Austritt aus der SPD. Mitglied WASG und Linkspartei

Telefon: 030/227 71169  
Fax: 030/227 76169  
ulrich.maurer@bundestag.de



## Dorothee Menzner

Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Sprecherin für Verkehrspolitik

Geboren 14. 9. 1965 in Darmstadt, verwitwet, ein Sohn; Abitur 1985, 1985–1986 soziales Jahr in einem Heim für geistig und mehrfach Behinderte, ab 1986 Studium in Hannover, Wirtschaftswissenschaften, Architektur. 1996 Diplom; 1984 bis 1998 diverse Jobs und Teilzeittstellen in der Gastronomie, auf dem Bau, in der Industrie, im Handel, im Dienstleistungsbereich sowie in Architekturbüros. 1999–2002 Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion; 2002–2003 arbeitslos, ab Herbst 2003 selbständig. 1995 bis 1998 Mitglied Kreisvorstand PDS Hannover; 1995–1996 Mitglied des Bundesparteirates PDS; seit 1998 Landesvorsitzende der Linkspartei Niedersachsen: 1997–2000, 2002 bis 2003 und seit 2004 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei. Mitglied bei: ver.di, VVN/BdA, x-tausendmal quer

Telefon: 030/227 73167  
Fax: 030/227 76166  
dorothee.menzner@bundestag.de



## Kornelia Möller

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik

Geboren 20. 6. 1961; Ausbildung zur Industriekauffrau, Studium der Soziologie und Sozialökonomie im zweiten Bildungsweg in Hamburg, Diplom-Sozialökonomin; seit mehr als fünfzehn Jahren in verschiedenen Bereichen der außerparlamentarischen Opposition aktiv. 2002 Eintritt in die PDS; Februar 2005 Beisitzerin im Landesvorstand der bayerischen Linkspartei

Telefon: 030/227 73527  
Fax: 030/227 76525  
kornelia.moeller@bundestag.de



## Kersten Naumann

Vorsitzende des Petitionsausschusses und beratendes Mitglied des Fraktionsvorstandes

Geboren 7.12.1958 in Bad Frankenhausen, 1 Tochter, 1 Sohn; 1975–1978 Lehre zum Agrotechniker/Mechanisator mit Abitur; 1978–1981 Studium an der MLU Halle, Sektion Wirtschaftswissenschaften; 1981–1985 Fernstudium an der Agraringenieurschule Stadtroda, Agraringenieur der Tierproduktion; 1981–1983 Futterökonom; 1983–1989 Sekretär des Kreisvorstandes des VKSK Artern; 1989–1991 Kreisvorsitzende der PDS Artern; 1991–1993 arbeitslos; 1993–1994 Anzeigenberaterin beim »Echo-Verlag« Wiehe; 1994–1995 arbeitslos; 1995–1998 stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Thüringen; 1998–2002 Abgeordnete des Deutschen Bundestages; 2002–2003 arbeitslos; 2003–2004 politische Mitarbeiterin des PDS-LV; 2004–2005 Landtagsabgeordnete, Sprecherin des Parteirates der Linkspartei

Telefon: 030/227 73326  
Fax: 030/227 76326  
kersten.naumann@bundestag.de

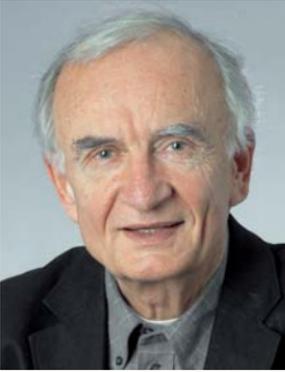


## Wolfgang Neskovic

Mitglied im Rechtsausschuss, Mitglied im Unterausschuss Neue Medien, Sprecher für Rechtspolitik

Geboren 3.6.1948, verheiratet, zwei Kinder; 1968–1974 Jura-Studium in Hamburg; 1974–1975 wissenschaftlicher Assistent; 1977 2. juristisches Staatsexamen; 1977–1978 Rechtsanwalt in Lübeck; 1978 Richter im Landgerichtsbezirk Lübeck; 1981 Richter am Landgericht in Lübeck; 1990 Vorsitzender Richter am Landgericht in Lübeck; 2002 Richter am Bundesgerichtshof; mehrjährige Lehraufträge an der Universität Hamburg; zehn Jahre Pressesprecher am Landgericht Lübeck. 1979–1994 Mitglied der SPD, 12 Jahre Landesvorsitzender der AG Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Mitglied des Landesvorstandes der SPD Schleswig-Holstein; 1995–2005 Mitglied Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht

Telefon: 030/227 72065  
Fax: 030/227 76468  
wolfgang.neskovic@bundestag.de



## Norman Paech

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, Sprecher für Außenpolitik

Geboren 12. 4. 1938 in Bremerhaven; 1948–1957 Gymnasium; 1957 bis 1959 Studien der Geschichte und des Rechts an den Universitäten von Tübingen, München und Paris; 1959–1962 Jura-Studium an der Universität Hamburg; 1962 bis 1965 Dissertation; 1967–1968 Zusatzstudium am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Berlin; 1968–1972 Bundesministerium für Wirtschaftliche Entwicklung; 1972–1974 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (VDW) in Hamburg; 1975–1982 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg; 1982–2003 Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik. 1969–2001 Mitglied der SPD; 1977–1986 Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen in der BRD

Telefon: 030/227 73486  
Fax: 030/227 76486  
norman.paech@bundestag.de



## Petra Pau

Stellvertretende Vorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »BürgerInnenrechte und Demokratie«, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Innenausschuss, Sprecherin für BürgerInnenrechte und Demokratie

Geboren 9. 8. 1963 in Berlin; verheiratet; 1969–1979 POS; 1979–1983 Studium am Zentralinstitut der Pionierorganisation, Freundschaftspionierleiterin und Lehrerin für Deutsch und Kunsterziehung; 1983–1985 Pionierleiterin und Lehrerin; 1985–1988 Studium Parteihochschule »Karl Marx«, Diplomgesellschaftswissenschaftlerin; 1988–1990 Mitarbeiterin für Aus- und Weiterbildung Pionierorganisation; 1991–1995 hauptamtliche Tätigkeit bei der PDS; 1995 bis 1998 MdA von Berlin; seit 1998 MdB; 2000–2002 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Seit 1983 Mitglied der SED, PDS, Linkspartei; 1992–2001 Vorsitzende Landesverband Berlin, 2000–2002 stellvertretende Parteivorsitzende

Telefon: 030/227 71095  
Fax: 030/227 70095  
petra.pau@bundestag.de



## Bodo Ramelow

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender ohne Fachbereich, Mitglied des Fraktionsvorstandes

Geboren 16. 2. 1956 in Osterholz-Scharmbeck, Protestant, verheiratet, 2 Söhne aus erster Ehe, getrennt lebend; 10. Klasse Berufsaufbauschule; 12. Klasse Abschluss Fachoberschule (Fachrichtung Kaufmann), Berufsabschlüsse: Einzelhandelskaufmann und Ausbilder (IHK-geprüft), Fachhochschulreife (kaufmännisch); Ausbildung zum Substituten, Karstadt AG; Filialleiter Jöckel Vertriebs GmbH Marburg. 1981–1990 Gewerkschaftssekretär Mittelhessen; 1990 bis Juni 1999 Landesvorsitzender HBV Thüringen; 1999–2005 Mitglied des Thüringer Landtages, 1999–2001 stellv. Vorsitzender, November 2001–2005 Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion. Seit April 1999 Mitglied der PDS; seit 2004 Mitglied Parteivorstand der PDS; Bundeswahlkampfleiter; 1991–1999 1. Vorsitzender Kulturverein Mauernbrechen

Telefon: 030/227 74345  
Fax: 030/227 76342  
bodo.ramelow@bundestag.de



## Elke Reinke

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Geboren 2. 5. 1958, zwei Kinder; Elektroingenieur; Technologin Chemische Werke BUNA; Gruppenleiterin Materialwirtschaft WEMA Aschersleben; Organisator Ablauforganisation; nach 1990 Kfm. Fort- und Weiterbildung, ABM, vor der Wahl Empfängerin von ALG II mit einer gemeinnützigen Arbeitsgelegenheit (1-Euro-Job), Mitorganisatorin von Protesten gegen Hartz IV, Mitglied der WASG

Telefon: 030/227 74331  
Fax: 030/227 76331  
elke.reinke@bundestag.de



## Paul Schäfer

Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sprecher für Verteidigungspolitik

Geboren 18. 1.1949, in Mainz, ledig; 1959–1967 Gymnasium; 1967 Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie in Mainz und Marburg; 1970–1972 Referent in studentischen Vertretungen; 1978 Diplom-Soziologe; 1979–1983 Berater beim Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler; 1983–1990 Redakteur der Zeitschrift »Wissenschaft und Frieden«; 1991–1998 wiss. Mitarbeiter MdB; 1998–2002 Referent der PDS-Bundestagsfraktion. 1970–1988 Mitglied der DKP; 1993–1999 Mitglied der SPD; ab 2000 Mitglied der PDS; seit Mai 2003 Landesvorsitzender der PDS in NRW und seit Oktober 2004 Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS

Telefon: 030/227 74180  
Fax: 030/227 76180  
paul.schaefer@bundestag.de



## Volker Schneider

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Sprecher für Wissenschaftspolitik

Geboren 20. 3.1955 in Saarbrücken, zwei Töchter; Abitur in Saarbrücken, Studium an der Katholischen Hochschule für Soziale Arbeit in Saarbrücken, Diplom-Sozialarbeiter; 15 Jahre in der beruflichen Erwachsenenbildung, u. a. Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, benachteiligte Jugendliche, Aussiedler, allein erziehende Frauen; seit 9 Jahren Bundesgeschäftsführer des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH), Vertreter des DBSH beim Fachbereichstag Soziale Arbeit (Versammlung der Rektoren und Dekane der Fachbereiche und Hochschulen der Sozialen Arbeit), Europa- und Weltdelegierter bei der Internationalen Vereinigung »International Federation of Social Workers (IFSW)«. Mitglied der WASG

Telefon: 030/227 71301  
Fax: 030/227 76801  
volker.schneider@bundestag.de



## Herbert Schui

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Mitglied im Unterausschuss ERP-Wirtschaftspläne, Sprecher für Wirtschaftspolitik

Geboren 13. 3. 1940 in Köln; verheiratet, ein Kind; 1961 Abitur; 1961–1962 Wehrdienst; ab 1962 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln; 1966/67 Studienaufenthalt an der Universität Paris I, 1968 Abschluss als Diplom-Volkswirt; 1969–1973 Forschungsassistent an der Universität Konstanz; 1972 Promotion in Konstanz; ab Herbst 1974 Assistenzprofessor an der Universität Bremen, 1976/77 Gastprofessur an der Universität Bielefeld; 1980–2005 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg. Seit 1973 Mitglied der ÖTV/verdi; 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; 2004 Mitbegründer der WASG

Telefon: 030/227 72327  
Fax: 030/227 76325  
herbert.schui@bundestag.de



## Ilja Seifert

Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sprecher für Behindertenpolitik

Geboren 6. 5. 1951; 1971–1974 Germanistik-Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplom-Germanist; 1975–1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1981–1990 Mitarbeiter am Berliner Haus für Kulturarbeit; seit 1995 Sachverständiger für barrierefreies Leben; 2003/2004/2005 Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Karls-Universität Prag. 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR; 1990–1994 und 1998–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1974 Mitglied der SED/PDS/Linkspartei. 1990–1992 und 2002–2004 Mitglied des PDS-Vorstands; 1990 Gründungspräsident des Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland e. V. (ABiD); Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes; stellv. Vorsitzender des ABiD

Telefon: 030/227 72175  
Fax: 030/227 76176  
ilja.seifert@bundestag.de



## Petra Sitte

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises »Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien«, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik

Geboren 1. 12. 1960 in Dresden, ledig; 1979 Abitur; 1979–1983 Studium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Diplom-Volkswirtin; 1983–1988 Forschungsstudium, befristete Assistenz, 1987 Promotion; 1988–1989 2. Sekretär der FDJ-Kreisleitung der MLU; 1990–1991 Aspirantur an der MLU. 1990–2005 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, bis 2004 Fraktionsvorsitzende. Seit 1981 Mitglied SED/PDS/Linkspartei; 1997–2002 Mitglied des PDS-Parteivorstandes. Seit 2004 Mitglied des Stadtrates Halle (Saale). Mitglied GEW, Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen

Telefon: 030/227 71422  
Fax: 030/227 76518  
petra.sitte@bundestag.de



## Frank Spieth

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Sprecher für Gesundheitspolitik

Geboren 4. 4. 1947; gelernter Technischer Zeichner, langjähriger DGB-Landesvorsitzender in Thüringen; Vorsitzender des Verwaltungsrates der AOK Thüringen; Vorsitzender der Vereine »MOBiT e. V.« und »Ran e. V.«; Mitglied im Vorstand der Naturfreundejugend e. V.

Telefon: 030/227 70726  
Fax: 030/227 76726  
frank.spieth@bundestag.de



## Kirsten Tackmann

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Sprecherin für Agrarpolitik und Verbraucherschutz

Geboren 24. 9. 1960, verheiratet, 2 Kinder; 1977–1980 Ausbildung zur Chemielaborantin mit Abitur; 1980–1985 Studium der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1985–1986 tierärztliche Pflichtassistenz im Staatlichen Veterinärmedizinischen Prüfungsinstitut Berlin sowie in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben im Bezirk Schwerin; 1986 Approbation als Tierärztin; 1986–1991 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Staatlichen Institut für Epizootiologie und Tierseuchenforschung (SIFET); 1992–2005 Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere (Nachfolgeeinrichtung des SIFET); 1993 Promotion. Seit 2003 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, seit 2005 stellv. Landesvorsitzende

Telefon: 030/227 74308  
Fax: 030/227 76308  
kirsten.tackmann@bundestag.de



## Axel Troost

Mitglied im Finanzausschuss, Sprecher für Finanzpolitik

Geboren 1. 9. 1954 in Hagen/Westfalen, verheiratet, 2 Kinder; 1973 Abitur; Studium der Volkswirtschaftslehre in Marburg; Promotion; seit 1981 zunächst ehrenamtlicher und später teilzeitbeschäftigter Geschäftsführer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandumgruppe); seit 1984 geschäftsführender Gesellschafter der PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH, Bremen/Teltow; 1990 bis 2001 Geschäftsführer der »Büro für Strukturforschung Rostock gGmbH (BÜSTRO), Rostock. 2004 Mitbegründer der »Wahlalternative« und Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes von Verein und ab 2005 Partei »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit«; Mitglied u. a. bei IG Metall, ATTAC, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.

Telefon: 030/227 71286  
Fax: 030/227 76286  
axel.troost@bundestag.de



## Alexander Ulrich

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU

Geboren 11. 2. 1971, verheiratet, 2 Kinder; Werkzeugmacher; seit 1998 hauptamtlich 2. Bevollmächtigter und Geschäftsführer einer Gewerkschaft, ehrenamtlicher Arbeitsrichter. Mitglied der WASG

Telefon: 030/227 72510  
Fax: 030/227 76508  
alexander.ulrich@bundestag.de



## Gert Winkelmeier

Mitglied im Petitionsausschuss, Mitglied im Verteidigungsausschuss, Mitglied im Unterausschuss Innere Führung

Geboren 28. 3. 1956 in Neuwied, ledig; selbstständiger Werbe-kaufmann; 1970 Lehre als Uni-versalfräser; 2. Bildungsweg Fachhochschulreife Wirtschaft; 1979–1986 Geschäftsführer der Ju-gendbildungsstätte Burg Wahrberg (Franken/Bayern) 1971 Eintritt in die IG Metall, später ÖTV, IG Druck, IG Medien, ver.di (Fachgruppe 8 - Medien); 1972 Eintritt in die SDAJ, div. Funktionen bis Mitglied des Bundesvorstandes; 1973–1990 Mit-glied DKP, Mitglied des Bezirksvorstandes Rheinland-Pfalz; seit 1998 Mitglied PDS/Linkspartei, bis 2003 Kreisvorsitzender in Neuwied; 2003 Landesschatzmeister der PDS Rheinland-Pfalz; 2003 Gründungs-mitglied der Wählergemeinschaft LUPE in Neuwied. Mitglied im VVN-Bund der Antifaschisten

Telefon: 030/227 71377  
Fax: 030/227 76577  
gert.winkelmeier@bundestag.de



## Jörn Wunderlich

Mitglied im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Unterausschuss Bürgergesellschaftliches Engagement, Sprecher für Familien- und Seniorenpolitik

Geboren 16. 1.1960 in Gladbeck (NRW), verheiratet, 2 Kinder; 1978 Abitur; 1978 Jurastudium in Berlin; ab 1980 in Göttingen; 1991 2. juristische Staatsprüfung in Hannover; 1991–1993 bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz, seit Juli 1993 beim Amtsgericht Chemnitz als Richter am Registergericht, Jugendrichter, Vorsitzender des Jugendschöffengerichts, Vollstreckungsleiter für die JVA Chemnitz und seit Mai 2005 Familienrichter; seit 1996 beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Vorsitzender des Richterrates des Amtsgerichts Chemnitz und stellvertretender Vorsitzender des Sächsischen Landesrichterrates. Seit 1999 Mitglied PDS/Linkspartei, seit 2004 Kreisrat der Linkspartei.PDS im Kreis Chemnitzer Land

Telefon: 030/227 71342  
Fax: 030/227 76341  
joern.wunderlich@bundestag.de



## Sabine Zimmermann

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Mitglied im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik, Sprecherin für regionale Strukturpolitik

Geboren 30.12.1960 in Pasewalk, verheiratet, 2 Kinder; Baustofftechnologin im VEB Ziegelwerke Karl-Marx-Stadt, Landratsamt Neustadt an der Waldnaab Abteilung Abfallwirtschaft; Gewerkschaftssekretärin verantwortlich für die Region Vogtland-Zwickau

Telefon: 030/227 71263  
Fax: 030/227 76277  
sabine.zimmermann@bundestag.de

Informationsbroschüre  
Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE.  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030/227 71248  
Fax: 030/227 76248  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

V. i. S. d. P. Hendrik Thalheim



[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

